

Sitzungsniederschrift

20. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 11.11.2025	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:06 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Trauernicht, Matthias	FW Landkreis Aurich	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Beate Ihmels
Bents, Kay	SPD	
de Buhr, Jürgen	SPD	Vertretung für Herrn Axel Stange
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	
Langer, Hannes	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Saathoff, Georg	SPD	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Ubben, Heinrich	MOIN, Herr WEISS	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Beratende Mitglieder		
Dirks, Hinrich		Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK)

Runge, Rolf	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Steven, Michael	Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Verwaltung

Ahten, Eiko	Baudezernent
Campen, Jann	
de Vries, Ingo	Klimamanagement
Habben, Karin	
Hayen, Matthias	
Hillebrand, Sonja	
Kramer, Christian	
Meinen, Walter	
Otten, Olaf, Dr.	
Pollmann, Keno	
Vogel, Judith	
Wiemers, Nadine	Protokollführerin

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Ennen, Jann	CDU/FDP
Ihmels, Beate	SPD
Seeberg, Timo	SPD
Stange, Axel	SPD

Grundmandat

Weiss, Edgar	MOIN, Herr WEISS
--------------	------------------

Beratende Mitglieder

Noosten, Carl	Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V. (LHV)
---------------	---

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2025 |



5.	Einwohnerfragestunde
6.	Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 01.10.2025; Sachstand und weitere Vorgehensweise in Bezug auf Waldrodung(en) in den Meeden bei Forlitz-Blaukirchen und Wiegboldsbur Vorlage: X-AF/2025/025
7.	Klimaschutzkonzept für die Verwaltung des Landkreises Aurich nach § 18 NKlimaG – Sachstandsbericht
8.	Ernennung eines Landschaftswartes zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes "Ostfriesische Meere" Vorlage: X/2025/176
9.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
10.	Einwohnerfragestunde
11.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Abg. Trauernicht begrüßt als Ausschussvorsitzender (nachfolgend: der Vorsitzende) die Mitglieder des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz, die Verwaltung, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden beratenden Mitglieder sowie die Zuschauer und Gäste und eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest und lässt darüber abstimmen, dass der Vorsitz zur Vorstellung des Antrages zu TOP 6 an Abg. Behrends abgegeben wird.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2025

Der Vorsitzende lässt über die Sitzungsniederschrift vom 02.09.2025 abstimmen. Die Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2025 wird genehmigt.



Die Sitzungsniederschrift vom 02.09.2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen der Einwohner*innen. Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 6 **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 01.10.2025; Sachstand und weitere Vorgehensweise in Bezug auf Waldrodung(en) in den Meeden bei Forlitz-Blaukirchen und Wiegboldsbur**
Vorlage: X-AF/2025/025

Abg. Behrends übernimmt den Vorsitz.

Abg. Trauernicht stellt den Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 01.10.2025 anhand der Vorlage vor. Die in Rede stehende Maßnahme der Waldbeseitigung und Wiedervernässung sei bereits seit 2017 geplant. Fraglich sei, weshalb die Umsetzung so viel Zeit in Anspruch nehme und ob die Beseitigung tatsächlich notwendig und im Sinne des Klimaschutzes sei. Anderenorts würden Baumaßnahmen aufgrund von Fledermausvorkommen gestoppt werden, während hier Fledermaushabitate gerodet werden.

Baudezernent Ahten führt aus, dass die Thematik des Wiesenvogelschutzes nicht neu sei, das Unverständnis in Teilen der Bevölkerung bezüglich der Rodung eines kleinen Waldstückes jedoch nachvollziehbar sei. Daher sei es wichtig, umfassend zu informieren. Dazu diene die heutige Sitzung. Für ihn hingegen nicht nachvollziehbar sei die nun entstandene Kritik aus der Mitte des Ausschusses, da der Prozess zur Ausweisung sämtlicher Schutzgebiete, so auch der Ausweisung des Schutzgebietes und den damit einhergehenden Maßnahmen rund um das Große Meer, wiederholt in den jeweiligen Ausschusssitzungen behandelt worden sei. Es bestehe die Verpflichtung, die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie der EU in nationales Recht zu überführen und umzusetzen, um mitunter günstige Erhaltungszustände geschützter Arten zu erreichen. Ergänzend bestehe eine Berichtspflicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der EU, nach der alle sechs Jahre über die Erhaltungszustände zu informieren sei. Die Kulisse für die Umsetzung des Wiesenvogelschutzes sei hier nicht zufällig gewählt worden; vielmehr würden die betreffenden Gebiete zu den bedeutendsten Wiesenvogellebensräumen Nordwestdeutschlands gehören. Festzuhalten sei, dass die Verordnungen für die Schutzgebiete in der Vergangenheit durch die Politik beschlossen worden und auch der Managementplan im Ausschuss vorgestellt worden sei. Zudem habe die Verwaltung fortlaufend über die Sachstände der Umsetzung informiert.

Der Planfeststellungsbeschluss für die betreffenden Maßnahmen, so **Baudezernent Ahten**, sei dem NLWKN im Jahre 2017 durch den Landkreis Aurich erteilt worden und die Wirksamkeit von Wiedervernässungsmaßnahmen sei empirisch belegt. Beispielsweise am Dümmer oder im Bereich des Freepsumer Meeres seien die Wiesenbrüterbestände nach Wiedervernässungen deutlich gestiegen. Sofern man der Auffassung sei, man müsse andere Prioritäten im Naturschutz setzen als Wiesenvogelschutz in den Schutzgebieten, so sei das eine politische Frage und die Kreisverwaltung oder der NLWKN hier nicht die richtigen Ansprechpartner. Hierfür müsse man sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments wenden, da Änderungen der geltenden EU-Richtlinien und des Bundesnaturschutzgesetzes erforderlich seien. Die Behörden würden bei der Attraktivierung der Wiesenvogellebensräume zur Herstellung günstiger Erhaltungszustände geltendes Recht umsetzen.

Baudezernent Ahten verweist an Frau Dr. Delingat sowie Herrn Schadt vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).

Herr Schadt stellt sich als Geschäftsbereichsleitung "Regionaler Naturschutz" der NLWKN Betriebsstelle Brake-Oldenburg vor. Der Bereich sei u.a. zuständig für den Wiesenvogelschutz in Ostfriesland.

Frau Dr. Delingat stellt die Hintergründe der Wiesenvogelschutzmaßnahmen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor [Anlage 1].

Frau Dr. Delingat betont, dass direkte Gespräche mit dem NLWKN jederzeit gesucht werden können. Die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses sei zwischenzeitlich durch einen Widerspruch und ein anschließendes Gerichtsverfahren sowie verlorengegangene Fördermittel gehemmt worden. Durch eine neue Bewilligung der Fördermittel sei nunmehr eine Umsetzung der Maßnahmen möglich.

Abg. Trauernicht übernimmt den Vorsitz.

Abg. Kleen führt aus, dass seit der ersten Vorstellung der Maßnahme im Jahre 2017 viel Zeit vergangen und seither verschiedenste Planungen umgesetzt worden seien. Es sei zu erwarten, dass derart alte Beschlüsse nicht länger präsent seien. **Abg. Kleen** bittet um mehr Sensibilität und um Berichterstattung vor Maßnahmenbeginn in der Ausschusssitzung.

Frau Dr. Delingat stimmt zu und führt aus, dass die entstandene Dynamik unterschätzt worden sei. Vor Maßnahmenbeginn sei eine Pressemitteilung geplant gewesen, in dessen Vorgriff eine Begutachtung der betroffenen Fledermausbäume durchgeführt worden sei. Jedoch sei der vor Ort tätige Fledermausgutachter direkt von Bürger*innen gesichtet worden, was unmittelbar zu einer Welle der Kritik in den sozialen Medien geführt habe. Künftig geplant seien frühzeitige Berichterstattungen für die Öffentlichkeit sowie direkte Gespräche bspw. mit Ortsvorstehern.

Abg. Albrecht dankt für den Vortrag. Die Präsentation solle von allen Bürger*innen gesehen werden, um Verständnis zu schaffen. Es könne so besser nachvollzogen werden, weshalb in der Schutzkulisse andere Anforderungen bestehen als beispielsweise im privaten Baubereich.

Frau Dr. Delingat dankt für die Rückmeldung und bestätigt, dass die Anregungen berücksichtigt werden. Insgesamt sei mehr Transparenz geplant.



Baudezernent Ahten stimmt Abg. Albrecht zu und merkt an, dass die Informationsfilme des Landkreises zum Wiesenvogelschutz zu diesem Zwecke erstellt worden seien. Dennoch sei der einseitige Diskurs in den sozialen Medien samt starker Kritik misslich. Problematisch sei, die Kritiker, die in dieser Sitzung nicht anwesend seien, überhaupt zu erreichen. Somit sei kein gemeinsamer Dialog und keine Informationsweitergabe möglich.

Abg. Wittmer-Kruse führt aus, dass Kritik oftmals von Personen stamme, denen der Standort der Schutzgebietskulisse nicht mal bekannt sei. Sensationen und Kritik würden in den sozialen Medien schnell verbreitet. Es sollte auch Aufgabe der Politik sein, den Behörden in solchen Fällen beizustehen. Der Landkreis Aurich leiste gute Arbeit im Bereich des Naturschutzes.

Der Vorsitzende dankt für den informativen Vortrag. Mehr Transparenz halte er für wichtig und wirbt dafür, dies künftig zu berücksichtigen. Häufig kennen die Bürger*innen nicht sämtliche Umstände, sodass mehr Aufklärung erforderlich sei.

Abg. Looden erläutert, dass er den Vortrag für aufschlussreich halte. Das Wissen müsse stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Presse solle hierbei unterstützen.

Abg. Harms äußert, dass das Problem laut Vortrag vornehmlich die Greifvögel seien. Greifvögel, wie die Weihenarten, würden jedoch nicht im Wald leben. Insoweit sei fraglich, ob nicht allein der Bussard problematisch sei.

Frau Dr. Delingat führt aus, dass auch andere Greifvögel wie die Weihenarten die Wiesenvögel beeinträchtigen, obwohl die Rohrweihe auch als wertbestimmende Art in der Schutzgebietsverordnung festgehalten sei. Hier bestehe der klassische Zielkonflikt: Rohrweihen als Prädatorenvögel seien gleichermaßen zu schützen wie Kiebitze. Entsprechend seien durch die Managementpläne zur Raumentzerrung verschiedene Bereiche für unterschiedliche Tierarten festgelegt worden, welche nach jeweiligem Bedarf gestaltet würden.

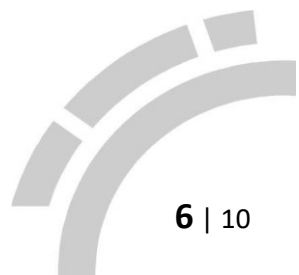
Abg. Harms äußert, dass das betreffende, 2,5 ha große Waldstück mit nur zwei Bussard-Horsten insoweit nicht das Problem sein könne.

Herr Schadt erklärt, dass es für die Wiesenvögel unerheblich und ohnehin uneinschätzbar sei, wie hoch der Greifvogelbesatz innerhalb eines Waldstückes sei. Waldbestände und die weitere Umgebung würden grundsätzlich von Wiesenvögeln gemieden, sodass dieser Bereich innerhalb der Schutzkulisse verloren gehe. Zudem reiche ein Bussard-Horst aus, um erheblichen Schaden in Wiesenbrüterpopulationen anzurichten. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit seien Ortsvorsteher wichtige Vermittler, deswegen seien auch weitere Gespräche geplant.

Abg. Behrends verlässt die Sitzung um 15:45 Uhr.

Abg. Ubben sieht den Umgang mit kontroversen Beiträgen und Vorwürfe gegen Bürger*innen kritisch. Grundsätzliches Engagement von Bürger*innen halte er für positiv. Die Äußerung des Landkreises, dass die Kritiker bei derartigen Veranstaltungen nicht zugegen seien, halte er daher für nicht angebracht.

Abg. Langer verlässt die Sitzung um 16:00 Uhr.



Baudezernent Ahten erwidert auf die Ausführungen von Abg. Ubben, dass die vorherigen Ausführungen keine Kritik an der grundsätzlichen Thematisierung der Maßnahmen in sozialen Medien gewesen sei und er kontroverse Ansichten für absolut legitim halte. Kritisch zu betrachten seien jedoch die einseitigen Vorwürfe über die sozialen Medien, insbesondere gegen Behörden, ohne dass sich ausreichend über das Thema informiert wurde und ein sachlicher Austausch stattgefunden habe. Bestandteil von Diskursen seien schließlich auch gemeinsame Gespräche. Die erforderlichen Gehölzbesichtigungen seien keine neue Thematik und werden auch zukünftig wiederkehrend behandelt. Wie auch in der Vergangenheit erfolgt, seien auch künftig vor weiteren Maßnahmen Informationsmitteilungen über den Ausschuss geplant.

Abg. Odens merkt an, dass der Klimawandel schon länger als 2017 Thema sei und bewertet den einseitigen Diskurs in den sozialen Medien als misslich. Eine sachliche Diskussion finde so nicht statt. **Abg. Odens** habe bereits viele Gespräche mit Bürger*innen geführt, jedoch würden einige kein Interesse zeigen oder mit Skepsis entgegentreten. In der Vergangenheit habe es noch viele Kiebitze und viele freie Flächen in Ostfriesland gegeben, die mittlerweile durch Anpflanzung von Gehölzen immer weiter verschwunden seien. Im gleichen Zuge seien Raubvogelbestände gestiegen, sodass ein 2,5 ha großer Wald innerhalb der Schutzgebietskulisse sehr wohl problematisch sei. Die Marschenlandschaften begründen spezielle Habitate und sollten erhalten bleiben. Wald sei in Stadtgebieten gern gesehen, jedoch nicht in Marschenbereichen. Unklar sei, wie informiert werden soll, wenn viele Bürger*innen für sachliche Informationen nicht empfänglich seien.

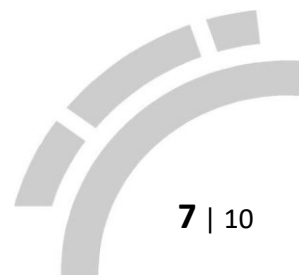
Beratendes Mitglied Steven führt aus, dass der Fokus nicht allein auf den Mäusebusard gerichtet werden solle, da auch andere Prädatorenarten wie z.B. Krähe, Habicht oder Sperber für die Bestandsreduzierung von Limikolen verantwortlich seien. Das betroffene Waldstück sei an der Stelle vollkommen deplatziert und stelle einen Hot-spot für diese Arten innerhalb der Meedenlandschaft dar. Dadurch berge es große Gefahren für das Schutzgebiet. Als das Waldstück seinerzeit angepflanzt wurde, habe das Verständnis für die Belange der Wiesenvögel gefehlt. Der Wald sei ein Fremdkörper in der Schutzgebietskulisse. Prädation im Tierreich sei natürlich, jedoch sei sie durch Landbewirtschaftung unnatürlich forciert worden. Der NABU stehe hinter der Maßnahme der Waldbeseitigung.

Abg. Jelken führt aus, dass es vor einigen Jahrzehnten Förderprogramme für das Anpflanzen von Wäldern gegeben habe. Die früher viel verbreiteten Kiebitze seien mittlerweile fort. Er bittet um Bereitstellung von Informationen und Präsentationen bereits vor Ausschusssitzungen, damit er als örtlicher Politiker informiert über die Maßnahmen berichten könne.

TOP 7 **Klimaschutzkonzept für die Verwaltung des Landkreises Aurich nach § 18 NKlimaG – Sachstandsbericht**

Klimamanager de Vries stellt die Thematik anhand einer PowerPoint-Präsentation [Anlage 2] vor.

Abg. Ubben verlässt die Sitzung um 16:30 Uhr.



Abg. Looden fragt, wie CO² eingespart werde, wenn Hackschnitzelheizungen statt Gas-Heizungen eingesetzt würden.

Klimamanager de Vries erklärt, dass in dieser Variante keine fossilen Brennstoffe, sondern Holz als nachwachsender Rohstoff verwendet würde. Entsprechend sei diese Nutzung nachhaltiger.

Abg. Odens führt aus, dass Bäume selbst bei Liegenlassen und Verrotten ohnehin Treibhausgase freisetzen, sodass diese besser durch Verbrennung genutzt werden sollten.

Baudezernent Ahten erläutert, dass diese Heizungsform nicht die Lösung für jedes Kreisgebäude darstelle. Eine Wärmepumpe allein reiche z.B. aufgrund der Gebäudebestandes bei der Waldschule für eine Beheizung der Gebäude nicht aus, sodass hier nach alternativen Lösungen gesucht worden sei. Während der Abwägung seien dem Landkreis z.B. durch Straßenbegleitgrün vorliegende Holzmengen berechnet und nach Heizbedarf zugeordnet worden. Die Hackschnitzelheizung sei als Vorzugsform gewählt worden. **Klimamanager de Vries** ergänzt, dass jedes Gebäude individuelle Ansprüche habe und entsprechend individuell betrachtet werde.

Abg. Wittmer-Kruse fragt, ob nur Gebäude im Eigentum des Landkreises thematisiert worden sind und nicht etwa Mietobjekte.

Klimamanager de Vries bejaht, dass aufgrund von ggf. erforderlich werdenden Umbauten nur Gebäude im landkreiseigenen Eigentum berücksichtigt werden können. Für Mietgebäude könne lediglich die Weiternutzung geprüft werden.

Abg. Jelken fragt, wie die Amortisationszeit von 28 Jahren berechnet wurde und ob es Vergleichszahlen gebe.

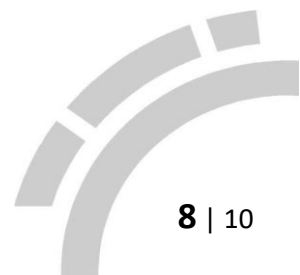
Klimamanager de Vries führt aus, dass die wirtschaftlichen Berechnungen je nach Gebäude erfolgen und die Umstände in einzelnen Szenarien betrachtet werden. Es handele sich bei den 28 Jahren nicht um die Berechnung für die gesamten Maßnahmen.

Baudezernent Ahten erläutert weiter, dass aufgrund hoher Anschaffungskosten häufig lange Amortisationszeiten mit modernen Klimaschutzmaßnahmen verbunden seien. Teilweise würde keine Amortisation innerhalb der Nutzungsdauer erreicht werden.

Klimamanager de Vries ergänzt, dass die Preise für Strom und Gas fluktuieren würden, sodass eine genaue Berechnung nicht erfolgen könne. Es können jedoch größtmögliche Effekte vorausgesehen werden. Teilweise werden die Versorgungen auch mit älteren Methoden gesichert, deren Amortisationszeit kürzer sei.

Abg. Wittmer-Kruse äußert, dass in der Vergangenheit mitunter Maßnahmen beschlossen worden seien, die heute keinen Sinn ergeben würden. Viele Entwicklungen könne man nicht vorhersagen. Dennoch solle an der Förderung erneuerbarer Energien festgehalten werden. Beispielsweise könne der Einsatz von mehr großen Elektrofahrzeugen oder der Einbau von E-Ladesäulen für Mitarbeiter*innen geprüft werden. In Emden gebe es eine Speditionsfirma, die z.T. elektrische Transportfahrzeuge verwende.

Abg. Saathoff verlässt die Sitzung um 16:50 Uhr.



Klimamanager de Vries führt aus, dass für die Mitarbeiter*innen davon ausgegangen werde, dass diese ihre Elektro-Autos am Eigenheim aufladen und entsprechend keine Ladung über die Landkreisgebäude erforderlich sei.

Abg. Wittmer-Kruse fragt, wann die neue Homepage des Landkreises auf den Weg gebracht werde und wie weit die Digitalisierung im Landkreis vorangeschritten sei.

Abg. Harm-Rehrmann und **Abg. Bargmann** verlassen die Sitzung um 16:55 Uhr.

Baudezernent Ahten erklärt, dass die Homepage nicht in seiner Zuständigkeit liege, ein Termin für die Freischaltung der neuen Homepage sei ihm daher nicht bekannt. Die Digitalisierung sei vor allem im Bauamt bereits stark forciert worden. Das Verfahren gestalte sich jedoch anspruchsvoll bei umfangreichen Prozessen und technischen Herausforderungen.

Leiterin des Amtes für Bauordnung, Planung und Naturschutz Vogel führt weiter aus, dass das digitale Bauantragsverfahren mittlerweile der Standard sei und auch viele andere Verfahren in digitalen Akten geführt werden. Für u.a. immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren gestalte sich die digitale Übertragung der Unterlagen aufgrund der riesigen Datenmengen schwierig. Gleichmaßen fehlen verschiedene Schnittstellen zwischen den verwendeten Programmen, sodass sich die vollständige Digitalisierung aufgrund technischer Hindernisse verlangsamt. In Teilbereichen schränken auch datenschutzrechtliche Belange digitale Beteiligungsmöglichkeiten ein.

Beratendes Mitglied Steven fragt, ob es Allianzen zwischen dem Landkreis und anderen Behörden zwecks Emissionseinsparung gebe.

Klimamanager de Vries bejaht dies. Z.B. in Norden seien Synergie-Nutzungen vorhanden.

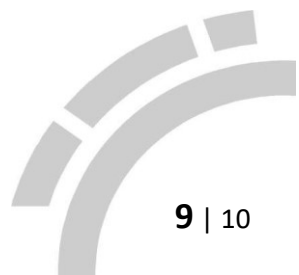
Abg. Kleen bittet bei möglicher zukünftiger Umstellung des MKW oder des Rettungsdienstes auf andere Transport- oder Energiemittel um vorherige Informationsmitteilung in der Politik. Die sensiblen Bereiche sollten im Vorfeld politisch besprochen werden.

Baudezernent Ahten stimmt zu, vorherige Informationen seien beabsichtigt. Für die Planungen zu Umstellungen werden die jeweilig zuständigen Sachbereiche hinzugezogen.

TOP 8 **Ernennung eines Landschaftswartes zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes "Ostfriesische Meere"**
 Vorlage: X/2025/176

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Gemäß § 35 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104) wird zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes „Ostfriesi-



sche Meere“ Frau Maike Poppen zur ehrenamtlichen Landschaftswartin des Landkreises Aurich bestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Abg. Wittmer-Kruse fragt, ob die Endlagersuche für atomaren Abfall aufgrund kürzlicher Presseerscheinungen neu thematisiert werden müsse.

Baudezernent Ahten führt aus, dass weite Teile Norddeutschlands im Gegensatz zum Süden noch nicht geprüft worden seien. Die kürzlich veröffentlichten Zwischenergebnisse der Bundesgesellschaft für Endlagerung hätten daher keine neuen Erkenntnisse für die Region gebracht. Eine erneute Thematisierung sei daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Abg. Wittmer-Kruse fragt, ob hierzu Presseanfragen eingegangen seien.

Frau Vogel verneint dies. Die aktuell auf Bundesebene stattfindenden Untersuchungen stehen nicht in Zusammenhang mit dem vom Landkreis beauftragten Gutachten. Anzumerken sei an dieser Stelle aber, dass zwar kürzlich in der örtlichen Presse über die Fortschritte der Atomendlager-Suche berichtet worden sei, für den Norddeutschen Raum jedoch keine neuen Erkenntnisse zu verzeichnen seien, da diese nach wie vor noch keiner weitergehenden Bewertung unterzogen worden seien.

TOP 10 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen der Einwohner*innen. Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:06 Uhr.

gez. Trauernicht
Vorsitzende/r

gez. Wiemers
Protokollführer/in